

Korrektur Kenntlichmachungen/Streichungen zur Beschlussvorlage zum TOP 10

GEDRUCKTE BESCHLUSSVORLAGE ZUM TOP 10

KORREKTUR

§ 7 Ausscheiden durch Tod

Mit dem Tode scheidet ein Mitglied aus; seine Mitgliedschaft geht auf den/die Erb*~~in~~~~en~~ über. Die Mitgliedschaft des/der Erb*~~in~~~~en~~ endet mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem der Erbfall eingetreten ist (§ 77 Abs. (1) des Genossenschaftsgesetzes).

Mit dem Tode scheidet ein Mitglied aus; seine Mitgliedschaft geht auf den/die Erb*~~in~~~~en~~ über. Die Mitgliedschaft des/der Erb*~~in~~~~en~~ endet mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem der Erbfall eingetreten ist (§ 77 Abs. ~~(1)~~ des Genossenschaftsgesetzes).

§ 9 Ausschluss

(1)

Ein Mitglied kann aus der Genossenschaft zum Schluss eines Geschäftsjahres ausgeschlossen werden, wenn

[...]

c)

es durch Nichterfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber der Genossenschaft diese schädigt oder geschädigt hat oder wegen der Nichterfüllung einer Verbindlichkeit gerichtliche Maßnahmen notwendig sind;

c)

es durch Nichterfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber der Genossenschaft diese schädigt oder geschädigt hat oder wegen der Nichterfüllung einer Verbindlichkeit gerichtliche Maßnahmen notwendig sind;

§ 15 Vertretung

(2)

Die Vorschriften über die Erteilung von Prokura, Handlungsvollmacht und sonstigen Vollmachten zur rechtsgeschäftlichen Vertretung ist zulässig. ~~bleiben unberührt (rechtsgeschäftliche Vertretung).~~ Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.

(2)

~~Die Vorschriften über die~~ Erteilung von Prokura, Handlungsvollmacht und sonstigen Vollmachten zur rechtsgeschäftlichen Vertretung ist zulässig. ~~bleiben unberührt (rechtsgeschäftliche Vertretung).~~ Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.

§ 16 Aufgaben und Pflichten des Vorstands

(2)

~~ij)~~

zu entscheiden, ob im Einzelfall einem (Nicht-)Mitglied die Beitragszahlung gem. §§ 12 Buchstabe d) bzw. 2 Abs. (4) dieser Satzung gestundet oder ganz oder teilweise erlassen werden kann, wenn das (Nicht-)Mitglied glaubhaft macht, dass ihm die Leistung des Betrages aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse ganz oder teilweise unzumutbar ist.

~~ij)~~

zu entscheiden, ob im Einzelfall einem (Nicht-)Mitglied die Beitragszahlung gem. §§ 12 Buchstabe d) bzw. 2 Abs. ~~(4)~~ dieser Satzung gestundet oder ganz oder teilweise erlassen werden kann, wenn das (Nicht-)Mitglied glaubhaft macht, dass ihm die Leistung des Betrages aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse ganz oder teilweise unzumutbar ist.

§ 18 Zusammensetzung und vertragliche Vereinbarungen

(3)

Mitglieder des Vorstandes scheiden mit dem Ende des Kalenderjahres aus dem Vorstand aus, in dem sie das gesetzliche Renteneintrittsalter erreichen ~~67. Lebensjahr vollendet haben~~. Ausnahmen können von der Generalversammlung beschlossen werden.

(3)

Mitglieder des Vorstandes scheiden mit dem Ende des Kalenderjahres aus dem Vorstand aus, in dem sie das gesetzliche Renteneintrittsalter erreichen ~~67. Lebensjahr vollendet haben~~. Ausnahmen können von der Generalversammlung beschlossen werden.

§ 20 Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrates

Die Mitglieder des Vorstandes sind berechtigt, an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilzunehmen, wenn nicht durch besonderen Beschluss des Aufsichtsrates die Teilnahme ausgeschlossen wird. In den Sitzungen des Aufsichtsrates hat der Vorstand die erforderlichen Auskünfte über geschäftliche Angelegenheiten zu erteilen. Bei der Beschlussfassung des Aufsichtsrates haben die Mitglieder des Vorstandes kein Stimmrecht.

Die Mitglieder des Vorstandes sind berechtigt, an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilzunehmen, wenn nicht durch besonderen Beschluss des Aufsichtsrates die Teilnahme ausgeschlossen wird. In den Sitzungen des Aufsichtsrates hat der Vorstand die erforderlichen Auskünfte über geschäftliche Angelegenheiten zu erteilen. Bei der Beschlussfassung des Aufsichtsrates haben die Mitglieder des Vorstandes kein Stimmrecht.

§ 24 Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrates

(2)

Für die Wahl und Amtszeit von Mitgliedervertreter*innen im Aufsichtsrat gilt:

a)

Vorschläge zur Wahl von Mitgliedervertreter*innen erfolgen durch den Aufsichtsrat und durch die Mitglieder der Genossenschaft. Wahlvorschläge ~~der Mitglieder der Genossenschaft~~ müssen spätestens zwei Wochen vor dem Tage der Wahlversammlung dem/der Vorsitzenden des Aufsichtsrates schriftlich in Textform vorliegen.

b)

Bei der Wahl muss jede*r Wahlberechtigte die Möglichkeit haben, über jede*n einzelne*n Kandidat*in abzustimmen. Für die Wahl gilt im Übrigen § 33 ~~Abs. (3) bis (5)~~.

a)

Vorschläge zur Wahl von Mitgliedervertreter*innen erfolgen durch den Aufsichtsrat und durch die Mitglieder der Genossenschaft. Wahlvorschläge ~~der Mitglieder der Genossenschaft~~ müssen spätestens zwei Wochen vor dem Tage der Wahlversammlung dem/der Vorsitzenden des Aufsichtsrates schriftlich in Textform vorliegen.

b)

Bei der Wahl muss jede*r Wahlberechtigte die Möglichkeit haben, über jede*n einzelne*n Kandidat*in abzustimmen. Für die Wahl gilt im Übrigen § 33 ~~Abs. (3) bis (5)~~.

§ 25 Konstituierung, Beschlussfassung

(3)

[...]

Eine Beschlussfassung ist in dringenden Fällen auch ohne Einberufung einer Sitzung schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation ~~schriftlicher Abstimmung oder durch entsprechende Fernkommunikationsmedien~~ zulässig, wenn der/die Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein/ihre Stellvertreter*in eine solche Beschlussfassung veranlasst und kein Mitglied des Aufsichtsrats diesem Verfahren widerspricht.

Eine Beschlussfassung ist ~~in dringenden Fällen auch~~ ohne Einberufung einer Sitzung schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation ~~schriftlicher Abstimmung oder durch entsprechende Fernkommunikationsmedien~~ zulässig, wenn der/die Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein/ihre Stellvertreter*in eine solche Beschlussfassung veranlasst und kein Mitglied des Aufsichtsrats diesem Verfahren widerspricht.

§ 26 Ausübung der Mitgliedsrechte

(4)

Mitglieder, deren gesetzliche Vertreter*innen oder zur Vertretung ermächtigte Gesellschafter*innen, können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Mehrere Erb*innen eines verstorbenen Mitglieds können das Stimmrecht nur durch eine*n gemeinschaftlich*en Bevollmächtigte*n ausüben. Ein*e Bevollmächtigte*r kann nicht mehr als zwei Mitglieder vertreten. Bevollmächtigte können nur Mitglieder der Genossenschaft, Ehegatt*innen oder eingetragene Lebenspartner*innen, Eltern, Kinder oder Geschwister eines Mitglieds sein oder müssen zum/zur Vollmachtgeber*in in einem Gesellschafts- oder Anstellungsverhältnis stehen.

(4)

Mitglieder, deren gesetzliche Vertreter*innen oder zur Vertretung ermächtigte Gesellschafter*innen, können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Mehrere Erb*innen eines verstorbenen Mitglieds können das Stimmrecht nur durch eine*n gemeinschaftlich*en Bevollmächtigte*n ausüben. Ein*e Bevollmächtigte*r kann nicht mehr als zwei Mitglieder vertreten. Bevollmächtigte können nur Mitglieder der Genossenschaft, Ehegatt*innen oder eingetragene Lebenspartner*innen, Eltern, Kinder oder Geschwister eines Mitglieds sein oder müssen zum/zur Vollmachtgeber*in in einem Gesellschafts- oder Anstellungsverhältnis stehen.

§ 26 Ausübung der Mitgliedsrechte**(5)**

Stimmberechtigte gesetzliche bzw. ermächtigte Vertreter*innen oder Bevollmächtigte müssen ihre Vertretungsbefugnis auf Verlangen des/der Versammlungsleitenden schriftlich nachweisen. Die Regelung des § 36a Abs. 4 bleibt unberührt.

(5)

Stimmberechtigte gesetzliche bzw. ermächtigte Vertreter*innen oder Bevollmächtigte müssen ihre Vertretungsbefugnis auf Verlangen des/der Versammlungsleitenden schriftlich nachweisen. Die Regelung des § 36a Abs. 4 bleibt unberührt.

§ 29 Versammlungsleitung

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der/die Vorsitzende des Aufsichtsrates oder sein/ihre Stellvertreter*in (Versammlungsleitende*r). Durch Beschluss der Generalversammlung kann der Vorsitz einem Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates, einem anderen Mitglied der Genossenschaft oder einem/einer Vertreter*in des Prüfungsverbandes übertragen werden. Der/Die Versammlungsleitende ernennet eine*n Schriftführer*in oder und erforderlichenfalls Stimmzähler*innen.

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der/die Vorsitzende des Aufsichtsrates oder sein/ihre Stellvertreter*in (Versammlungsleitende*r). Durch Beschluss der Generalversammlung kann der Vorsitz einem Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates, einem anderen Mitglied der Genossenschaft oder einem/einer Vertreter*in des Prüfungsverbandes übertragen werden. Der/Die Versammlungsleitende ernennet eine*n Schriftführer*in oder und erforderlichenfalls Stimmzähler*innen.

§ 30 Gegenstände der Beschlussfassung**p)**

Anpassungen der Höhe des Beitrags gem. §§ 12 Buchstabe d), 2 Abs. (4) sowie Ausnahmen von der Zahlungspflicht gem. §§ 12 Buchstabe d), 2 Abs. (4), soweit nicht § 16 Abs. (2) Buchstabe j) etwas anderes regelt.

p)

Anpassungen der Höhe des Beitrags gem. §§ 12 Buchstabe d) bzw. 2 Abs. (4) sowie Ausnahmen von der Zahlungspflicht gem. §§ 12 Buchstabe d) bzw. 2 Abs. (4), soweit nicht § 16 Abs. (2) Buchstabe j) etwas anderes regelt.

§ 31 Mehrheitserfordernisse**(2)****i)**

Anpassungen der Höhe des Beitrags gem. §§ 12 Buchstabe d), 2 Abs. (4) sowie Ausnahmen von der Zahlungspflicht gem. §§ 12 Buchstabe d) bzw. 2 Abs. (4), soweit nicht § 16 Abs. (2) Buchstabe j) etwas anderes regelt.

i)

Anpassungen der Höhe des Beitrags gem. §§ 12 Buchstabe d) bzw. 2 Abs. (4) sowie Ausnahmen von der Zahlungspflicht gem. §§ 12 Buchstabe d) bzw. 2 Abs. (4), soweit nicht § 16 Abs. (2) Buchstabe j) etwas anderes regelt.

(6)

Über die Änderung der §§ 22 Abs. (7), 31 Abs. (6), ~~37 Abs. (1) und 40~~ der Satzung kann nur einstimmig von allen in der Generalversammlung erschienenen an der Beschlussfassung mitwirkenden Mitgliedern beschlossen werden.

(6)

Über die Änderung der §§ 22 Abs. (7), 31 Abs. (6), ~~37 Abs. (1) und 40~~ der Satzung kann nur einstimmig von allen in der Generalversammlung erschienenen an der Beschlussfassung mitwirkenden Mitgliedern beschlossen werden.

§ 33 Abstimmungen und Wahlen**(1)**

Abstimmungen und Wahlen werden offen (zum Beispiel per mit-Handzeichen) oder mit Stimmzetteln-geheim durchgeführt.

(1)

Abstimmungen und Wahlen werden offen (zum Beispiel per mit-Handzeichen) oder mit Stimmzetteln-geheim durchgeführt.